

# Baustelle China

Mit der korrekten Bezeichnung des selbst ernannten Reichs der Mitte taten sich bereits die in China als »Barbaren« geltenden Römer schwer. Sie brauchten eine Weile, um herauszufinden, dass sich unter den verschiedenen Namen, die ihnen ihre Gesandtschaften übermittelten, ein und die gleiche Region verbarg.

An der Frage der Bezeichnung hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn China schon lange nicht mehr nur als Herkunftsland der Seide firmiert. Es scheint vielmehr so, dass sich das Problem der Benennung potenziert, je bunter und vielfältiger die Warenwelt, made in China, wird – und nicht zuletzt, je mehr China in den Augen der Wirtschaftsaguren und ihrer –Krieger nicht nur billige und willige »verlängerte Werkbank« ist, sondern die Vermarktung und Realisierung des Mehrwerts selbst in die Hand nimmt und damit zum Konkurrenten im globalen Exportwettkampf wird.

Der Spiegel fragt reißerisch: »Funktioniert der Kommunismus doch?« (Nr. 1/2007) und schürt Ängste, indem er im »Weltkrieg um Wohlstand« ein transatlantisches Bündnis gegen den neuen Feind im Osten ausruft. Die chinesische Regierung, immerhin, gibt sich bescheidener und belässt es seit 1992 bei dem Titel »sozialistische Marktwirtschaft«. Ein gewaltiger Sprung, denn noch zehn Jahre zuvor nannte man das regierungsseitig »sozialistisch geplante Warenwirtschaft«. Solche, die des Lesens in ideologischem Kaffeesatz kundig sind, sehen darin einen Unterschied ums Ganze.

Im Supplement des »Sozialismus« (Nr. 10/2007) wiederum verteidigt Joachim Bischoff die »sozialistische Marktwirtschaft« chinesischer Prägung aufgrund ihres Primats der Politik gegen diejenigen, die darin einen weiteren »peripheren Neoliberalismus« (Candeias) oder »einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus« (Müller) sehen.

Und bei der Vorbereitung einer dreiwöchigen Studienreise »Arbeitswelten in China«, die Peter Franke (Asienhaus Essen) und Wolfgang Schaumberg (ehemals Opel-Bochum) im September 2007 organisiert hatten und an der auch Mitglieder der *express*-Redaktion teilnahmen, stellte sich unter den TeilnehmerInnen die Frage, ob es sich in China nicht um eine spezifische, besonders erfolgreiche Variante des Keynesianismus handele. Wir halten uns vorerst zurück mit Globalbezeichnungen, denn eines war nach der Reise in Bezug auf alle gängigen Etikettierungen klar: »We now have reached a much higher level of confusion«, wie eine Teilnehmerin formulierte. Das ist eine gute Grundlage für einen genaueren Blick.

Insofern dokumentieren wir in dieser und den nächsten Ausgaben des *express* Beobachtungen, Eindrücke, Erfahrungen und vor allem: Irritationen von TeilnehmerInnen der Studienreise. Alle AutorInnen erhielten von uns einen kleinen Fragebogen, auf den sich die Beiträge beziehen.

- I. Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?
- II. Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?
- III. Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konntest/musstest Du wahrnehmen?
- IV. Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?

- V. Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?
- VI. Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?
- VII. Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?
- VIII. Welche Auswirkungen werden Deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-)Entwicklung des Kapitalismus haben?

*Kirsten Huckenbeck*

## **Inhalt:**

*Thomas Sablowsk*

**Ganz gewöhnlicher Kapitalismus oder: Was ist an Chinas Marktwirtschaft »sozialistisch«?** **3**

*Eva-Maria Bruchhaus*

**»1,2,3,4 Maos on the cap«  
Spurensuche im ›Musterlände‹ China** **7**

*Bodo Zeuner*

**Revolutionäre Harmonie** **15**

*Irmtraud Schlosser*

**Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus** **22**

Die Artikel erschienen im *express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, Ausgaben 10-11, 12, 2007, und 1 2008,

Siehe auch <http://www.labournet.de/internationales/cn/baustelle.html>

# **Ganz gewöhnlicher Kapitalismus oder: Was ist an Chinas Marktwirtschaft »sozialistisch«?**

Antworten auf Fragen der express-Redaktion von Thomas Sablowski\*

## ***I. Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?***

Mich haben unter anderem folgende Fragen interessiert:

1. Inwieweit ist China ein kapitalistisches Land? Welches Potential gibt es für eine sozialistische Entwicklung heute noch in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft insgesamt?
2. Die Entwicklung der letzten Jahre war durch eine zunehmende Exportabhängigkeit gekennzeichnet. Wie sind die Aussichten für den Übergang von der exportorientierten Entwicklung zu einer stärker binnenmarktzentrierten Entwicklung? Ist so etwas wie eine nachholende fordistische Entwicklung möglich, die das ganze Land erfasst und sich nicht nur auf eine mehr oder minder breite Mittelklasse in den Städten beschränkt?
3. Wie sind die Aussichten für die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung? Gibt es Ansätze für die Entstehung dauerhafter Organisationen? Gibt es Ansätze für die Vernetzung von Kämpfen über einzelne Betriebe bzw. einzelne Orte hinaus? Können sich die Gewerkschaften von Staatsapparaten hin zu »echten« Interessenvertretungen der Lohnabhängigen entwickeln?
4. Welche Widersprüche bringt die gegenwärtige Entwicklung mit sich und an welchen Widersprüchen entzündeten sich Kämpfe?
5. Welche Oppositionskräfte gibt es? Gibt es Ansätze einer linken Opposition?

## ***II. Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?***

Mein Bild von China ist erheblich konkreter geworden, und ich habe im Einzelnen sehr viel gelernt. Generell stellt sich natürlich das Problem, inwieweit aus den Reiseeindrücken allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden können. In meiner Einschätzung, dass China heute ein kapitalistisches Land ist, bin ich mir jetzt aber noch sicherer als zuvor. Es handelt sich auch nicht um »Staatskapitalismus«, was immer das sein mag, sondern um ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Die von der Kommunistischen Partei vorgenommene Selbstzuschreibung der »sozialistischen Marktwirtschaft« halte ich für ideologischen Humbug. Die Arbeitskraft ist in China weitestgehend Ware und wird zum Teil auf brutalste Weise ausgebeutet. Was an dieser Marktwirtschaft »sozialistisch« sein soll, bleibt schleierhaft. Was die Potentiale für eine sozialistische Entwicklung in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft angeht, so bin ich jetzt noch skeptischer, als ich es vorher schon war. Mir scheint, dass sich die Konflikte innerhalb der Kommunistischen Partei im Wesentlichen zwischen einer »neoliberalen« und einer »sozialdemokratischen« Tendenz abspielen. Es gibt wohl noch eine kleine maoistische, traditionsorientierte Strömung, die aber marginal ist und deren Vertreter nach und nach wegsterben. Von einer modernen sozialistischen Linken innerhalb oder außerhalb der Partei konnte ich bisher nichts wahrnehmen.

Es gibt im Moment keine Anzeichen, dass die Tendenz zu einer zunehmenden Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft umgekehrt werden könnte. Die Kaufkraft der

Mehrheit der Bevölkerung bleibt sehr beschränkt. Zwar hat die Regierung ja angeblich das Problem der wachsenden sozialen Polarisierung zwischen Stadt und Land erkannt und einige Gegenmaßnahmen ergriffen, doch bezweifle ich, dass diese Maßnahmen die allgemeinen Trends umkehren. Einkommensgewinne für die Arbeiter hängen davon ab, ob sich unabhängige Gewerkschaften entwickeln, ob die Arbeiter erfolgreich für höhere Löhne streiken können usw. Danach sieht es im Moment nicht aus. Trotzdem beruht das chinesische Wirtschaftswachstum sicher nicht alleine auf dem Export. Alleine das Konsumpotential der städtischen Mittelklasse ist bereits gewaltig. Hinzu kommt die staatliche Nachfrage, die sich vor allem auf den Aufbau der Infrastruktur richtet (Straßenbau etc.). Zusammengenommen verleiht das dem Akkumulationsregime doch einige Stabilität.

Versuche von Arbeitern und Bauern, ihre Interessen zu artikulieren, stoßen auf äußerste Schwierigkeiten. Es gibt zwar täglich irgendwo kleine Streiks und Arbeitskämpfe, doch bleiben die bisher vereinzelt und lokal. Jeder Ansatz zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften wurde bisher im Keim erstickt. In der Provinz Guangdong gibt es vielleicht ein Dutzend NGOs, die sich der Interessen der Arbeiter annehmen und die am Rande der Legalität arbeiten. Die Nähe zu Hongkong und die Unterstützung durch NGOs in Hongkong spielt hier eine wichtige Rolle. In anderen Provinzen sieht es mit Versuchen der Organisierung noch wesentlich düsterer aus als in der Provinz Guangdong.

### ***III. Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konntest/musstest Du wahrnehmen?***

Alle meine Fragen können nicht ein für alle mal beantwortet werden, sondern bleiben aktuell, da es sich um einen offenen historischen Prozess handelt.

### ***IV. Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?***

Die staatliche chinesische Gewerkschaft ist ja vom Gewerkschaftsgesetz her auf eine Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit festgelegt. In gewisser Weise erinnert mich das an das deutsche Betriebsverfassungsgesetz und die widersprüchliche Aufgabenbestimmung der Betriebsräte. Sicherlich lassen die widersprüchlichen Bestimmungen des chinesischen Gewerkschaftsgesetzes einigen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen und Selbstverständnisse von Akteuren in den Gewerkschaften. Wir haben mit Gewerkschaftern gesprochen, die sich eher als Interessenvertreter der Lohnabhängigen verstanden, und wir haben mit anderen gesprochen, die eher ein staatstragendes Selbstverständnis hatten. Ich wage jedoch die These, dass die staatliche Gewerkschaft sich nicht von selbst zu einer »wirklichen« Gewerkschaft entwickeln wird. Der Spielraum der Gewerkschaft hängt davon ab, wieviel Spielraum ihr die Partei- und Staatsführung gibt. Und dies hängt wiederum davon ab, wie stark der Druck von unten ist. In dem Maße, in dem sich Arbeiterkämpfe und Organisationsversuche von unten entwickeln, wird die Partei- und Staatsführung sicherlich versuchen, die staatliche Gewerkschaft in Richtung einer »wirklichen« Gewerkschaft zu entwickeln, um den Druck von unten zu absorbieren. Ohne Druck von unten wird sich jedoch gar nichts verändern.

Eine Vermittlerrolle in Arbeitskonflikten kann die Gewerkschaft auch nur dort spielen, wo sie präsent ist, d.h. in den staatlichen Unternehmen sowie in ehemals staatlichen Unternehmen, in

denen sie sich gehalten hat. In neuen privaten Unternehmen ist die Gewerkschaft in der Regel nicht präsent.

Die Lage der Wanderarbeiter bleibt geprägt durch das Hukou-System, das sie an dem Ort, an dem sie arbeiten, von vornherein zu Bürgern zweiter Klasse macht. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaft in den meisten Betrieben, in denen die Wanderarbeiter arbeiten, gar nicht präsent ist. Für mich ist nicht klar, inwieweit die Gewerkschaft überhaupt ein Interesse daran hat, Wanderarbeiter zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten.

***V. Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?***

Meine Gegenfrage ist: Welche Gewerkschaften? Das Hauptproblem in China besteht darin, dass es Gewerkschaften im Sinne unabhängiger Interessenvertretungen der Lohnabhängigen nicht gibt. Die Hauptaufgabe in China besteht darin, die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen überhaupt erst durchzusetzen. Die offiziellen Gewerkschaften sind nach wie vor Staatsapparate und nur dem Namen nach Gewerkschaften.

***VI. Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?***

Wir haben einige Dörfer gesehen, aber es bleibt unklar, inwieweit die Situation dort für die Lage auf dem Lande insgesamt typisch ist. In den Dörfern, die wir gesehen haben, waren Fortschritte unverkennbar. Mir scheint, dass die wenigsten Haushalte auf dem Lande heute noch ausschließlich von der Landwirtschaft leben. Vielmehr werden Einkommen aus verschiedenen Quellen gepoolt. Die Haushalte auf dem Lande sind in der Regel halbproletarische Haushalte. Der Aufbau der Straßeninfrastruktur treibt den Proletarisierungsprozess rasch voran. Mit dem Hukou-System wird nach wie vor versucht, die Landflucht einzudämmen. Unklar bleibt für mich, inwieweit eine Industrialisierung auf dem Lande die Landflucht begrenzen und zu einer ausgeglicheneren Regionalentwicklung führen kann. Ich habe keine Vorstellung vom Potential der township and village enterprises (TVE), von denen oft die Rede ist. Eine richtige Auseinandersetzung um unterschiedliche Konzepte zur ländlichen Entwicklung konnte ich nicht wahrnehmen.

***VII. Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?***

Ich denke, dass die Arbeit in der Stadt – trotz aller Ausbeutung und Unterdrückung – auch die Erfahrung möglicher Freiheit einschließt. Die WanderarbeiterInnen lernen andere Lebensverhältnisse kennen, erfahren, dass es Alternativen zu der Lebensweise auf dem Lande gibt. Viele werden nicht mehr aufs Land zu-rückkehren wollen, sondern in den Städten bleiben. Dies gilt sicher insbesondere für Frauen, die mit der Wanderarbeit auch ein Stück weit aus patriarchalischen Verhältnissen freigesetzt werden. China Daily meldete am 9. Oktober 2007, dass es in Guangzhou 300000 weibliche Singles über 30 Jahren gibt, aber nur 200000 männliche Singles. In dem Artikel wurde gemutmaßt, dass die Frauen zu beschäftigt und zu wählerisch geworden seien. Dies könnte ein Hinweis auf die aufbrechenden Widersprüche sein.

### ***VIII. Welche Auswirkungen werden Deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-) Entwicklung des Kapitalismus haben?***

Die »sozialistische Marktwirtschaft« in China erweist sich als Rettung für den globalen Kapitalismus – auf Jahrzehnte hinaus. Die Überakkumulation in den kapitalistischen Zentren würde sich noch viel gravierender darstellen, gäbe es China nicht. Der Kapitalexport nach China führt zu einer Steigerung der durchschnittlichen Profitrate, weil dort zumindest teilweise die gleichen Arbeitsprozesse wie in den Zentren, aber mit wesentlich höherem Ausbeutungsgrad stattfinden können. Überdies ist China auch als Absatzmarkt höchst bedeutsam. Alleine die heute existierende chinesische Mittelklasse mit mehreren hundert Millionen Menschen stellt einen Markt dar, der vom Potential her mit dem der USA oder der EU vergleichbar ist. Die Formierung einer Arbeiterbewegung in China und die Durchsetzung höherer Löhne könnte die Funktion Chinas als Absatzmarkt sogar noch verstärken. Andererseits verschärft sich das Problem der weltweit existierenden Überkapazitäten gerade durch den gewaltigen Investitionsboom in China weiter. Chinas Exportabhängigkeit ist in den letzten Jahren weiter angestiegen, d.h. die chinesische Industrie ist zunehmend auf die Absatzmärkte in den USA und den anderen Zentren angewiesen. Insofern werden die existierenden Widersprüche durch die chinesische Entwicklung auf höherer Stufenleiter reproduziert. Wenn die chinesischen Finanzmärkte weiter liberalisiert werden, können wir mit wachsenden Instabilitäten rechnen.

19. Oktober 2007

\* Thomas Sablowski ist Sozialwissenschaftler und lebt in Frankfurt a.M.

*Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 10-11/07*

## »1,2,3,4 Maos on the cap«

### Spurensuche im ›Musterlände‹ China

Antworten auf Fragen der express-Redaktion von Eva-Maria Bruchhaus\*

#### *I. Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?*

Losgefahren bin ich mit einer immensen Neugier, mit einem Riesenspektrum an Erwartungen bzw. Fragen.

Aber es gab natürlich Schwerpunkte und Schlüsselfragen, die sich aus meiner Arbeitswelt herleiten, d.h. der Entwicklungspolitik und hier speziell ländliche Entwicklung, bäuerliche Landwirtschaft und die Situation der Frauen. Dabei muss ich ziemlich weit zurückgehen, bis Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, also vor 1968. Ich lebte damals in Frankreich, wo in jenen Jahren mehr als in den USA und Europa – außer vielleicht in Großbritannien – über Entwicklungsmodelle und -strategien diskutiert wurde. Das hing mit dem so genannten »wind of change« zusammen, der auch in den ehemaligen französischen Kolonien wehte und zur Unabhängigkeit führte. Der Kapitalismus erschien den wenigsten als geeigneter Entwicklungsweg, und das Industrialisierungsmodell der Sowjetunion hatte ebenfalls wenig Überzeugungskraft, während das chinesische Modell eine überwältigende Ausstrahlung besaß. Das lag sicher auch daran, dass die Chinesen zur nicht-weißen Welt gehörten: Falls es ihnen gelingen sollte, Jahrhunderte währendes Elend zu überwinden, dann hätte das gigantische Auswirkungen auf die ganze 3. Welt. Auch weil damit die Hoffnung verbunden war, dass der Kommunismus »in China vielleicht eine menschlichere Form annimmt als in der UdSSR«, wie es Pierre Moussa, Autor von »Les Nations Prolétaires« – eines der Standardwerke jener Zeit – ausdrückte. [1] Es gab also einen »Mythos China«, ehe es westeuropäische Maoisten gab.

Geografisch lag und liegt mein Studien- und Arbeitsschwerpunkt in Afrika. Deshalb interessierten und interessieren mich in diesem Zusammenhang vor allem folgende Fragen: Welche Rolle haben die Bauern in der chinesischen Revolution gespielt – waren sie Akteure oder Manövriermasse? Taugt die ländliche Industrialisierung, die nicht auf kapitalintensive Technisierung, sondern auf Einsatz geschickter menschlicher Arbeitskraft baut, als Entwicklungsmodell? Wie weit kommt eine selbstbestimmte Entwicklung ohne materielle Anreize aus, bzw. gibt es freiwillige, selbstbestimmte Arbeits- und Dienstleistungen zum Wohle der Gemeinschaft? Damit hängt auch die Frage nach der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Vergesellschaftung von Reproduktionsaufgaben zusammen. Auch diese Fragen hängen mit ziemlich weit zurückliegender Lektüre zusammen. Eines der Bücher, die wir Anfang der 70er Jahre verschlungen haben, war »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von Claudie Broyelle.[2] Auch hier wurden die Entwicklungen in China als beispielhaft dargestellt, nicht nur für die Länder der Dritten Welt, sondern auch für Europa.

#### *II. Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?*

Es konnte nicht darum gehen, umfassende Antworten auf die oben genannten Fragen zu bekommen – dazu war die Reise viel zu kurz. Aber ich hatte gehofft, Hinweise auf zumindest Spuren der Veränderungen zu finden, die ein so gewaltiges gesellschaftliches Experiment, wie

es die chinesische Revolution war, un-weigerlich hinterlassen haben musste. Was ist bei dieser Spurensuche herausgekommen? Eigentlich nichts Substantielles. Ich denke, dass es sich vor allem um Spuren handelt, die, von außen unerkennbar, das Leben der Menschen bestimmen – und vielleicht merken sie es manchmal selbst nicht. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kulturrevolution, die für uns eine der markantesten Etappen darstellt. Bei einem persönlichen Gespräch mit Zeitzeugen haben wir zwar erfahren, wie sie diese Periode damals erlebt haben, wie die Kulturrevolution ihre Lebensumstände geprägt hat. Aber was haben die Inhalte, die damals vermittelt wurden, in ihrem Denken und Fühlen heute hinterlassen? Das blieb für uns unsichtbar.

Die für uns sichtbaren Spuren dagegen sind eher befremdend, auch weil sie teilweise entfremdet sind. Z.B. die olivgrüne Maokappe mit den vielen Anstecknadeln, die mir ein Mitreisender geschenkt hat: ein typisches Souvenir, das die fliegenden Händler den Touristen anbieten. Beim Spaziergehen und Einkaufen wurde sie kaum beachtet, nur bei jungen Chinesinnen hat sie Aufsehen erregt und mir Sympathie eingebracht: »oh, you have 1, 2, 3, even 4 Maos on your cap!«.

Weitaus verwirrender waren die Ergebnisse der Spurensuche in Dazhai, dem ehemaligen Musterdorf in der Provinz Shanxi. Lange Zeit galt es als das sozialistische Modell ländlicher Entwicklung. Die 400 Einwohner dieses Bergdorfs hatten 1964 unter der Anleitung eines der Ihren und mit dem Motto »eigene Kraft erneuert das Leben« Terrassen und Bewässerungskanäle gebaut, Obstbäume und Maulbeerbäume auf die Terrassen gepflanzt, Seidenraupen und Bienen gezüchtet. Aber getreu der damaligen Devise von der ländlichen Industrialisierung haben sie auch Bauxit abgebaut und eine Werkstatt für Landmaschinen eingerichtet. Davon haben wir nichts mehr sehen können. In den 60er und 70er Jahren war Dadzai eine der großen nationalen Pilgerstätten. Ministerpräsident Dzhou En Lai war öfter zu Besuch, oft mit hochrangigen internationalen Delegationen, wie in dem stattlichen Dorfmuseum mit endlosen Fotoreihen dokumentiert. Auch das Gästehaus, in dem die illustren Gäste untergebracht wurden, ist heute ein Museum. Jedes zweite Haus ist ein Andenkenladen, mit endlos laufenden alten Fernsehreportagen über die Kulturrevolution, in denen Videos, Anstecknadeln und die üblichen Devotionalien an die Touristen verkauft werden. Davon lebt Dadzai heute. Chen Yonggi, mit dem 1964 alles begonnen hatte, und der 1973 Mitglied des Politbüros der KPCh wurde, starb 1986 auf einer Staatsfarm in der Nähe von Beijing, wohin er 1984 verbannt worden war. Das Dorf hat ihm ein eindrucksvolles Totenmal errichtet, das offensichtlich viele Pilger anzieht. Über die Verbannung seines Vaters allerdings wollte oder konnte sein Sohn nicht reden.

### ***III. Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konntest/musstest Du wahrnehmen?***

Das »Neue China« kann sicher kein Entwicklungsmodell für Länder der so genannte Dritten Welt sein. Darauf wird noch zurückzukommen sein, wenn es um die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus geht.

Ein wichtiges Element sozialistischer Entwicklungskonzeptionen ist die Solidarität und der freiwillige Einsatz – ohne materielle Anreize – zum Wohl der Gemeinschaft. Ich erinnere mich an zahlreiche Aussagen westlicher China-BesucherInnen aus den 70er Jahren, in denen die beispiellose Solidarität und Hilfsbereitschaft der ChinesInnen beschrieben wurde. Da wurde von selbstorganisierten Dienstleistungsbrigaden berichtet, die kochten, wuschen, unterrichteten, gegen ein ganz geringes Entgelt oder kostenlos. Uns sind keine Beispiele dieser Art begegnet, und es kann bezweifelt werden, dass sie den Wandel überlebt haben. Oft

wiesen unsere chinesischen Gesprächspartner darauf hin, dass heute für alles bezahlt werden müsse, dass Geld die einzige Motivation für Leistung darstelle. Aber wir haben auch ein Beispiel für Solidarität angetroffen, bei der Initiative der WanderarbeiterInnen am Stadtrand von Peking, wo neben entlohnten MitarbeiterInnen auch Freiwillige arbeiten, z.B. StudentInnen. Ich denke, das wäre auch ein Feld, das zu bearbeiten sich lohnen würde.

***IV. Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?***

Bei der chinesischen Einheitsgewerkschaft handelt es sich um eine typische so genannte »Massenbewegung«, wie sie in allen Ländern mit autoritären Einparteienregierungen existieren: je eine Organisation für die Frauen, die Jugend, die Bauern und eben auch für die Arbeiter, die den Transmissionsriemen für die Anweisungen der Regierung in die Betriebe darstellen. Interessanterweise ist die chinesische Gewerkschaft nur in einem Bruchteil der Unternehmen verankert. Sie ist also nicht einmal ein Papiertiger und somit keine Gefahr für die Unternehmen. Insofern ist auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht erstaunlich, wie es uns in praktisch allen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern begegnet ist: Sie verstehen sich als Brücke zwischen Arbeitskräften und Unternehmen bzw. Management. Teilweise ist das Management sogar Teil der Betriebsgewerkschaft. Hauptzweck der Gewerkschaft ist es, den Betriebsfrieden zu wahren. Zu diesem Zweck werden generell einmal im Jahr Personalversammlungen einberufen, auf denen die ArbeiterInnen und Angestellten – bei Honda heißen sie übrigens »associates«, also Partner, Teilhaber – Vorschläge, Klagen, Wünsche vortragen können, und wo der anwesende Chef Auszeichnungen und Preise verteilt. Es ist bezeichnend, dass – zumindest nach meinen Kenntnissen – kein einziger der Tausenden von Arbeitskonflikten, die in den letzten zehn Jahren stattfanden und weiterhin stattfinden, von der Gewerkschaft initiiert wurde. Das scheint logisch, da es kein Streikrecht gibt. Was wir dagegen gesehen haben – im Fall eines wilden Streiks in einem Zulieferbetrieb von Nokia in Shenzhen –, war, wie die Gewerkschaft auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist und die Streikenden gerade mal mit einem Spruchband unterstützt hat. In diesem Fall ging es u.a. um die Durchsetzung der Forderung nach Auszahlung des Grundlohns von 70 Euro im Monat, wenn die Produktionsziele erreicht werden, und um die Nachzahlung von Nachtzulagen. Es handelte sich also um die Durchsetzung gesetzlich verankerter Forderungen, die sich eigentlich jede Gewerkschaft zu eigen machen sollte. Diese abwartende Haltung entspricht voll der offiziellen Gewerkschaftspolitik, wie uns auch in verschiedenen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern bestätigt wurde.

Das Verhältnis Partei – Gewerkschaft – Kapital möchte ich mit den Worten der PR-Frau von Honda beschreiben, die uns informierte, dass die Beziehungen zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaftsvertretung im Betrieb »under the loving care of the government« stattfinden. Das ist sicher nicht immer und überall der Fall, aber so soll es offensichtlich sein. Wobei die liebevolle Fürsorge der Regierung offensichtlich mehr der Kapitaleseite gilt. Das geht auch daraus hervor, dass in Fällen von Beschwerden bei den Arbeitsbehörden über die Verletzung von Arbeitnehmerrechten – vor allem bei Arbeitsunfällen – in der Regel die Unternehmensseite Recht bekommt und Strafen verhältnismäßig gering ausfallen. Das hängt damit zusammen, dass die Provinzregierungen von der Zentralregierung Planvorgaben erhalten, die das Volumen der Investitionen festlegen, die während des Planungszeitraums in der Provinz getätigt werden sollen. Da will man es sich verständlicherweise nicht mit den Investoren verderben.

## ***V. Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?***

Hauptaufgabe ist in meinen Augen die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte, entsprechend dem kürzlich verabschiedeten Arbeitsvertragsgesetz, und zwar für alle Arbeitenden. Damit hätte die Gewerkschaft über Jahre hinaus genug zu tun. Da sie aber Teil des Systems ist, in dem Kapital und Regierung am selben Strang ziehen, wird die Bewältigung dieser Aufgabe zur Sisyphusarbeit, darin liegt m.E. das Hauptproblem.

Deshalb hat die Gewerkschaft auch kein Interesse an Selbstorganisation von ArbeiterInnen, weder auf betrieblicher noch außerbetrieblicher Ebene. Diese Initiativen werden eher von Nichtregierungsorganisationen (NRO) ergriffen bzw. unterstützt, die oft außerhalb der VR angesiedelt sind. Sinnvoll wäre es, diese Organisationen zu fördern, sowohl finanziell als auch durch Austausch, auch weil sie offensichtlich sehr viel mehr über die Globalisierungszusammenhänge wissen. Das befähigt sie auch eher als die Gewerkschaften, an Konzeption und Umsetzung solidarischer Aktionen mitzuarbeiten. Nehmen wir den Giftskandal bei der Spielzeugproduktion. Hier wurden von den Gewerkschaften generell die Zulieferfirmen verantwortlich gemacht, aber es wurde meist versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Auftraggeber, in diesem Fall die Firma Mattel, den Preis bestimmt, zu dem produziert werden muss. Diese Vorgaben der Auftraggeber gegenüber ihren Zulieferern haben nicht nur schädliche Auswirkungen auf die KäuferInnen, sondern auch auf die ArbeiterInnen in diesen Firmen. Dieses Problem könnte international eher mit NRO als mit der chinesischen Gewerkschaft thematisiert werden. Ähnlich verhält es sich aber auch umgekehrt: Unterstützung für am Rande der Legalität arbeitende Initiativen von WanderarbeiterInnen wie diejenige, die wir am Stadtrand von Peking besucht haben, kann kaum von deutschen oder anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden erwartet werden, sie kommt vor allem von so genannten INGOs (internationalen Nichtregierungsorganisationen), wie in diesem Fall OXFAM.

Das liegt sicher auch daran, dass diese Organisationen oft ein umfassenderes und tieferes Verständnis von der Bedeutung und den Auswirkungen der Globalisierung haben als die Gewerkschaften, nicht nur in China. Letztere haben – wie die Arbeitgeberseite – meist nur die eigenen Löhne und Arbeitsbedingungen bzw. ihre Wettbewerbsfähigkeit im Blick. Bezeichnend dafür war auch die Antwort der Gewerkschaftssekretärin von Guangzhou (Kanton) auf die Frage, wie Gewerkschaften auf die Drohungen der Investoren reagieren sollten, ihr Unternehmen ins Ausland zu verlagern: »durch Qualifizierung, um in den verbleibenden Unternehmen Arbeit zu finden.« Ich denke, dass es vor allem deshalb so schwierig ist, gemeinsame solidarische Aktionen zu konzipieren. Wie kann man z.B. eine internationale Kampagne gegen Lohndumping erwägen, wenn zwischen den Löhnen in derselben Branche ein Unterschied von 1:10 und mehr besteht, ganz zu schweigen von den Arbeitsbedingungen? Das kann nur thematisiert werden, wenn alle anderen Aspekte auch berücksichtigt werden.

## ***VI. Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?***

Besonders brisant erscheint mir die Frage nach der ländlichen Entwicklung, die sich ja vor allem deshalb aufdrängt, weil immer noch mehr als die Hälfte der chinesischen Bevölkerung auf dem Land lebt, während immer weniger vom Land leben können. Nach der Phase der ländlichen Industrialisierung, mit den dörflichen Stahlwerken und anderen innovativen, aber

teilweise wirklichkeitsfremden Initiativen, gab es in den 80er Jahren die Politik der TVI (Township and Village Industries), deren hauptsächliches Ziel es war, für die ländliche Bevölkerung Lohnarbeit zu schaffen, als zusätzliche Einkommensquelle zur Landwirtschaft. Damit wurden die Kleinbauern zu Nebenerwerbslandwirten. Der Vorteil lag darin, dass sie beides zugleich machen konnten – und sie blieben in ihrer Umgebung. Das wiederum sollten sie ja auch: Das »Hukou«-System, also die Registrierung »am Ort«, auf der die Sozialversicherungen basieren, ist darauf zugeschnitten.

Es gibt offensichtlich immer noch solche TVI-Betriebe, doch die Politik setzte Anfang der 90er Jahre eindeutig auf kapitalintensive Investitionen in speziellen Wirtschaftszonen und Industrieparks im Süden und an der Ostküste. Diese »Reformen« bedeuteten nach Aussagen unseres Gesprächspartners Prof. Wen Tiejun von der Renmin-Universität in Peking den Kollaps der TVIs und den Beginn der Arbeitsmigration. Die Arbeit kam nicht mehr zu den Arbeitskräften, sondern die Arbeitskräfte mussten sie oft Tausende von Kilometern weit entfernt suchen. Gleichzeitig verloren viele Bauern ihr bisschen Land durch Enteignungen ohne angemessene Entschädigung, für Infrastrukturvorhaben und Städtebau – und in jüngster Zeit z.T. wieder durch Industrieansiedlungen. Dies betraf in den letzten zehn Jahren 40 – 60 Millionen Bauern, und die Tendenz hält an: Erst am 15. Oktober 2007 ging die Meldung durch die Medien, dass die chinesische Regierung bis zu vier Millionen AnwohnerInnen des umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamms zusätzlich zu den bereits 1,4 Millionen umsiedeln will. Viele von den umgesiedelten Bauernfamilien werden nicht wieder in der Landwirtschaft arbeiten. Sie können nur als Land- bzw. WanderarbeiterInnen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Bereits heute gibt es 150 Millionen (manche nennen 200 Millionen) WanderarbeiterInnen in den Ballungszentren. Die Mehrheit von ihnen kommt vom Land, wo sie in der Regel ihre Familien zurücklassen. Die Landflucht erklärt sich einmal daher, dass das Land – eine Familie bewirtschaftet nicht einmal einen Hektar – nicht ausreicht, um eine Familie zu versorgen, und dass es auf dem Land immer noch kaum Gelegenheiten gibt, das zur Familienversorgung notwendige zusätzliche Geld zu verdienen. Die Regierungspolitik setzt auf großflächige Mechanisierung der Landwirtschaft. Das wird zur Konzentration in der Landwirtschaftsproduktion, zur Aufgabe der meisten kleinen Familienbetriebe und somit zu weiterer Abwanderung führen. Was wird aus den Hunderten Millionen WanderarbeiterInnen, die von einer Baustelle zur nächsten, als Hilfsarbeiter und Haushaltshilfen durch die Lande ziehen, weitgehend recht- und schutzlos? Professor Wen äußerte die These, in China habe sich das Industrieproletariat, d.h. die ehemaligen ArbeiterInnen in den staatlichen Industriebetrieben, zu einer neuen Mittelklasse entwickelt. Dafür gebe es ein neues Proletariat: ein duales, das aus den aus den Landgebieten migrierenden WanderarbeiterInnen und den zurückgebliebenen, gleichermaßen diskriminierten LandbewohnerInnen bestehe.

Und vor allem: Was wird aus den WanderarbeiterInnen und den Bauern, wenn sie alt sind? Nur die jungen WanderarbeiterInnen finden Arbeit, und sie haben kein Anrecht auf Altersversorgung, genausowenig wie die auf dem Land Zurückgebliebenen, weil davon ausgegangen wird, dass diese von ihrem Land leben können. Die Jungen werden die Alten nicht versorgen können, weil sie keine Arbeit mehr finden, und die Alten können nicht mehr vom Land leben, weil sie es verloren haben werden.

Darüber hinaus habe ich nicht den Eindruck, dass es ein spezielles Entwicklungskonzept für die ländlichen Gebiete gibt, zumindest gibt es keine Anzeichen für Vorstellungen und Planungen, die sich von der allgemeinen Entwicklung unterscheiden, die unter dem Motto »big is beautiful« zu stehen scheint. Das heißt konkret: Konzentration der Flächen und

Betriebe, intensive Bewirtschaftung mit größtmöglicher Mechanisierung und massivem Einsatz von Chemiedünger und Pestiziden/Herbiziden. Die Folgen kennen wir aus eigener und anderer Erfahrung.

Wie könnte ein alternatives Konzept aussehen? Ich denke, die TVI waren eine gute Idee. Dadurch kamen zusätzliche Verdienstmöglichkeiten aufs Land, und es wurden ja hauptsächlich einfache Gebrauchsgüter produziert, die wiederum das Leben auf dem Land erleichterten. Die Menschen konnten in ihrer familiären Umgebung bleiben und damit auch ihre affektiven Bedürfnisse befriedigen.

Und die Idee einer menschenbezogenen ländlichen Entwicklung in China lebt weiter. Unser Gesprächspartner Wen Tiejun ist überzeugt, dass es nur der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu verdanken sei, dass es möglich war, den Hunger zu besiegen. Außerdem sei die kleinbäuerliche Landwirtschaft umweltschonender als die großflächigen Monokulturen unter Einsatz von Mechanisierung, Chemiedünger und Pestiziden. Es sei auch demokratischer, wenn die Bauern und Bäuerinnen sich organisieren und selbst über ihre Produktionsweise und -ziele bestimmen könnten. Er selbst ist mit seinen Studenten in einer solchen Bewegung engagiert, die in die 20er-30er Jahre zurückreicht. Schade, dass wir das »Rural Reconstruction Center« nicht sehen konnten, wie ursprünglich vorgesehen, um uns ein Bild davon machen zu können.

Angesichts des äußerst robusten Kapitalismus, dem sich die chinesische Regierung verschrieben hat, besteht allerdings kaum Hoffnung, dass sich diese Vision einer menschen- und umweltgerechten ländlichen Entwicklung verwirklichen lässt. Die Frage, die mich am meisten beschäftigt, ist insofern die Systemfrage, aber ich denke, die muss am Ende gestellt werden.

***VII. Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?***

Ich möchte hier mit einer Aussage des bereits erwähnten Buches von Claudie Broyelle »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von 1973 beginnen. Sie stammt aus dem Vorwort von Han Suyin, der damals bekanntesten chinesischen Autorin, die von der »tiefen Transformation« des Geschlechterverhältnisses in China spricht, vom »großen Sprung nach vorn der chinesischen Frauen«, in dem es nicht nur um »die Gleichberechtigung mit den Männern«, u.a. »wegen ökonomischer Vorteile« ging, sondern um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. Das wirft mehr als nur die Frage nach dem derzeitigen Stand der Gleichberechtigung auf. Dazu ist es sicher nützlich, zu den zwei wichtigsten Veränderungen zurückzugehen: zur rechtlichen Abschaffung von Diskriminierung und Missbräuchen in der Ehe und zur politischen Förderung der Geschlechtergleichheit im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich. Durch das »Gesetz über die Ehe« von 1950 wurden Bigamie und Konkubinat sowie Kinder- und Zwangsheirat verboten. Als Voraussetzung für eine Ehe galt – und gilt – das gegenseitige freiwillige Einverständnis, Scheidungen sind kostenlos. Parallel dazu führte die Partei eine Kampagne zur Gleichstellung im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich durch, die auch konkrete Angebote enthielt, z.B. Kinderkrippen, Schwangerschaftsurlaub, Ausbildung in bis dahin Männern vorbehaltenen Berufen, Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb und in der Partei. Eine komplementäre, in der damaligen Zeit als logisch und richtig erachtete Maßnahme, die uns heute als ungeheuerlich erscheinen mag, war die Zerschlagung der Familie als (Re)Produktions- und Konsumtionseinheit. Das geschah vor allem durch Auslagerung von

bis dato durch Frauen erbrachte häusliche Dienstleistungen und die Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsbrigaden. Diese Politik wurde damals auch von westlichen Feministinnen begeistert begrüßt und zur Nachahmung empfohlen.

Leider gab es auf unserer Reise keine Gelegenheit, auch nur ansatzweise zu überprüfen, was davon übriggeblieben ist. Dazu bräuchte es weitaus mehr Zeit. Gleichwohl fiel mir auf, dass unter den Kadern, die wir trafen – sowohl auf Gewerkschaftsseite, im Management, von der Partei und den NRO – viele kompetente, überwiegend jüngere Frauen waren, die meist auch recht selbstbewusst auftraten. In den Frauenmagazinen werden zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Unternehmerinnen vorgestellt, und auch an den Universitäten unterrichten viele Frauen, allerdings weniger in Spitzenpositionen, und sicher auch in unterschiedlichem Maß, abhängig von den Fächern. In der Industrieproduktion finden sich nach Aussagen der Gewerkschaftsvertreter in Gouangzhou mehr Männer in höheren Gehalts- und Lohnstufen als Frauen. Durchschnittlich verdienen Frauen zehn Prozent weniger als Männer und sind meist in arbeitsintensiven Industrien mit niedrigen Löhnen und in Teilzeit beschäftigt. Im Gegensatz zu den in den früheren Staatsbetrieben vorhandenen Kinderkrippen gibt es heute keine betrieblichen Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, und die meist privaten Kindergärten kosten mehr oder weniger viel Geld, je nach Qualität und Angebot. Parallel dazu wächst der Bedarf der einkommensstarken Schichten an Dienstpersonal für den Haushalt. Um diesen Bedarf zu befriedigen, werden in einigen ländlichen Regionen für migrationswillige Mädchen Kurse für Hausmädchen angeboten, während die Männer Ausbildung in Wachdienst und Gartenpflege bekommen. Man kann es »kapitalistische Normalisierung« nennen, es laufen die gleichen Prozesse wie überall ab. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entstehung – oder ist es eine Wiederbelebung? – von Wohnbezirken, in denen überwiegend »Konkubinen« reicher Geschäftsleute, oft aus Hongkong, wohnen.

Noch schwieriger ist es, die Situation auf dem Land einzuschätzen. Ich habe keine verlässlichen Angaben darüber, wie sich die WanderarbeiterInnen nach Geschlecht aufteilen. Nach unterschiedlichen Angaben sind zwischen 60 und 70 Prozent von ihnen Männer. In den besuchten Dörfern waren es auch fast ausschließlich die Männer, die abwanderten. Nach anderen Quellen nimmt jedoch der Anteil der jungen Frauen zu. Wahrscheinlich ist das unterschiedlich, je nach Region bzw. Nachfrage. Manchmal gehen auch Ehepaare gemeinsam auf Arbeitssuche, aber das dürfte eher die Ausnahme sein, weil ein Ehepartner das Land bestellen und die zurückgebliebenen Familienangehörigen versorgen muss. Dieser Prozentsatz dürfte jedoch mit zunehmender Landlosigkeit auf Grund von Umsiedlungen wachsen. Auf jeden Fall kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsbelastung des zurückgebliebenen Ehepartners durch produktive und reproduktive Aufgaben zunimmt, auch wenn ein Teil dieser Arbeit von den Großeltern übernommen werden kann. Falls diese jedoch zu Pflegefällen werden, wird die Arbeitsbelastung noch größer. Vom abgewanderten Ehepartner, der oft Tausende von Kilometern weit entfernt arbeitet und nur einmal im Jahr nach Hause kommt, meist zur Erntezeit, ist nur finanzielle Unterstützung zu erwarten, die allerdings den Löwenanteil des monetären Einkommens ausmacht. Das hat natürlich auch Folgen für die Beziehungen zwischen den Ehepartnern. In dem Film »Still Life« von Jia Zhang-Ke (der gerade in unseren Kinos läuft) stehen zwei Ehepaare im Mittelpunkt, deren Ehe durch die Migration zerbrochen ist. Es gibt zu denken, dass diejenigen in unserer Gesellschaft, die gleichzeitig die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeit unter dem Zwang der Globalisierung und die Notwendigkeit des Schutzes von Ehe und Familie predigen, darüber hinwegsehen, wie das Eine das Andere zerstört.

### ***VIII. Welche Auswirkungen werden Deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-) Entwicklung des Kapitalismus haben?***

Welche Auswirkungen werden die Entwicklungen in China auf den Kapitalismus haben? Eine schwierige Frage, der ich eine Gegenfrage entgegenstellen möchte: Was hat die Entwicklung in China mit Sozialismus zu tun? Denn die chinesische Führung behauptet ja, dass die derzeitige Entwicklung eine Phase auf dem Weg zum Sozialismus darstellt: Erst müssten die Mittel geschaffen werden, die später umverteilt werden können – was als »Sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnet wird. Ich behaupte, dass das purer Etikettenschwindel ist. Das chinesische System ist ein eindeutig kapitalistisches, gekennzeichnet durch wachsende Ungleichheit, d.h. Verarmung auf der einen und Macht- und Geldkonzentration auf der anderen Seite. Das wird nicht durch Parteibeschluss umzukehren sein, wenn die Regierung bzw. die Partei entscheidet, dass der Zeitpunkt für die Umverteilung gekommen ist. Es ist diese gewollte Ungleichheit zwischen Land und städtischen Ballungs- und Wachstumszentren, zwischen bäuerlicher Bevölkerung und WanderarbeiterInnen einerseits und relativ gut bezahlten Fachkräften, aber vor allem Kapitaleignern mit Spitzengewinnen andererseits, die den chinesischen Entwicklungsmotor darstellt. Anders ausgedrückt: Es ist das Ausmaß an Ausbeutung unter der Führung der KPCh als kapitalistischer Staatsklasse, die wiederum eine stabile politische Lage garantiert, welche die chinesische Variante des Kapitalismus zu einer besonders erfolgreichen Form dieses Wirtschaftssystems macht. Letztendlich ist es die Macht der Partei, die den Unterschied zu den anderen kapitalistischen Volkswirtschaften ausmacht. Die Entscheidung des gerade abgeschlossenen Parteitags, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft auch soziale und Umweltfaktoren berücksichtigen soll, bedeutet keinen Richtungswechsel, sondern dient lediglich der Abfederung von wachsender Unzufriedenheit und Schäden, die das reibungslose Funktionieren des Systems beeinträchtigen könnten.

21. Oktober 2007

Eva-Maria Bruchhaus hat als Redakteurin im Afrikaprogramm der Deutschen Welle gearbeitet und war dann als Beraterin von Entwicklungshilfeorganisationen überwiegend in Afrika tätig. Jetzt ist sie im Ruhestand und im Vorstand von medica mondiale, einer Frauenorganisation, die sich für die Opfer von sexualisierter Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt.

*Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 10-11/07*

---

(1) Pierre Moussa: »Les Nations Proletaires«. Paris, PUF. 1959

(2) Claudie Broyelle: »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China«, Berlin, 1973

# Revolutionäre Harmonie

Bodo Zeuner\* schaut sich um auf der »Baustelle China«

Hier also die Fortsetzung unserer im letzten express begonnenen Reihe mit Reiseberichten aus China. Diesmal antwortet Bodo Zeuner, der ebenfalls mit auf der Reise war, auf unseren Fragebogen.

## ***I. Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?***

Ich wollte mehr über diesen sich in China neu entwickelnden Kapitalismus wissen: Wie wälzt er die Gesellschaft, die Arbeitswelten, die Sozialstruktur und die Kultur um? Wo liegen Widerspruchs- und Konfliktpotentiale? Welche Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat der Staat – anders als z.B. im russischen Kriminal- und Ausverkaufskapitalismus und unter Jelzin – in der Hand behalten oder neu entwickelt? Gibt es vielleicht einen »Sino-Keynesianismus«?

Speziell interessierte mich die Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden. Ich ging davon aus, dass es sich beim Allchinesischen Gewerkschaftsbund ACFTU um eine staatlich gelenkte Institution, um eine Massenorganisation der Einheitspartei, in den Betrieben auch um eine gelbe, weil von den Arbeitgebern direkt beherrschte Scheingewerkschaft handle, die nicht streiken darf und will und von der keinerlei ernsthafte und unabhängige Interessenvertretung zu erwarten sei. Andererseits hörte man von massenhaft punktuellen autonomen Streiks, Kämpfen und auch Kampagnen für ArbeiterInnenrechte, z.T. von NGOs unterstützt, die allerdings unterdrückt und durch den repressiven Staat an jeder Verallgemeinerung und Vernetzung gehindert würden. Ein brutaler Kapitalismus ohne Gewerkschaften also? Gewiss ist das möglich. NS-Deutschland und viele US-unterstützte Diktaturen haben es vorgemacht. Möglich ist das schon, aber, so meine Hoffnung und Hypothese, stabil und dauerhaft kann es nicht sein.

Ganz traditionell-marxistisch – und im Gegensatz zu dem, was die KPCh als ihren »Marxismus« ausgibt – bin ich davon ausgegangen, dass sich in China, vielleicht analog zur Industrialisierung und zum Frühkapitalismus im Westen, ein sich verschärfender Klassengegensatz auftut, der seine Ausdrucksformen sucht, zu denen auch Gewerkschaften gehören, die nicht hierarchisch dem Staat und/oder den Arbeitgebern unterstellt sind.

## ***II. Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?***

Die kapitalistische Revolution in China hat stattgefunden und findet weiter statt, mit anhaltend atemberaubender Wachstumsdynamik und Gesellschaftsspaltung, aber es zeigen sich sehr deutlich soziale, kulturelle und politische Grenzen dieser Entwicklung. Es gibt eine Stimmung des »So kann es nicht weitergehen«, der Einsicht in die Notwendigkeit staatlicher und planerischer Einhegung des – vielleicht noch nicht vollständig – entfesselten Kapitalismus, des sozialen Ausgleichs, des Ausbaus von Arbeiterrechten, von Sozialversicherungen, von der Sozial- und Umweltverträglichkeit künftiger Investitionen. Das alles scheint die KP ja mit ihrem Slogan der »harmonischen Gesellschaft« zu meinen. Es gibt Lockerungen des von einigen Kritikern so genannten »Apartheidsystems« zwischen Landbewohnern und Städtern, wenngleich keineswegs eine Aufhebung der rechtlichen Spaltung zwischen den beiden Gruppen. WanderarbeiterInneninteressen in den Städten

werden aber etwas stärker beachtet, und auf dem Land hat man uns interessante Entwicklungsprojekte gezeigt, mit Menschen, die zugleich hoffnungsvoll und unzufrieden, etwa mit ihrer Gesundheitsversorgung und den Bildungschancen ihrer Kinder, waren.

Die Landbewohner sind aber nicht abgekoppelt von den Informationen aus den Metropolen des Landes. Sie sehen fern, bekommen die scheußliche TV-Werbewelt ebenso mit wie politische Leitlinien und Debatten. Die Landbewohner sind keine Analphabeten und auf Dauer auch keine genügsamen Dörfler. Ihren Ansprüchen auf Gleichbehandlung und Gleichstellung mit den Städtern wird sich jede Regierung zu stellen haben.

Inwieweit der Staat bzw. die KPCh in der Lage ist, den Kapitalismus sozial- und umweltverträglich einzuhegen und die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern, dazu konnten wir in drei Wochen nur verstreute Indizien und Auskünfte einsammeln. Für mich ergibt sich ein wackeliges und uneinheitliches Bild mit vielen leeren Stellen.

Der Staat kann etwa in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, aber auch bei der Festsetzung von Höchstpreisen und Mindestlöhnen, bei der Erhöhung und Senkung von Steuern, bei der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von WanderarbeiterInnen, ganz offensichtlich regulierend und gestaltend eingreifen. Da fast alle inländischen KapitalistInnen Mitglied der KP sind, gäbe es auf diesem Wege auch Möglichkeiten der Einbindung der neuen Bourgeoisie – freilich ist ebenso das Umgekehrte denkbar: Die KP wird zu einer von der neuen Bourgeoisie beherrschten Partei, bzw. ihre führenden Kader gehen eine Symbiose mit dem Kapital ein, die mit dem Begriff »Korruption« gar nicht angemessen beschrieben ist: Eher geht es um die Privatisierung von Teilen des vormals öffentlichen Interessen verpflichteten Staatsapparats – wozu es bei uns und vor allem in den USA mit der Privatisierung auch zentraler Staatsaufgaben (Gefängnisse, Militär) bemerkenswerte Parallelen gibt. Dass in China dieser Korruptions- und Privatisierungsprozess nicht nur in etlichen Städten und Provinzen, sondern auch im Gesamtstaat schon so weit fortgeschritten ist, dass eine Instanz, die gemeinwohlorientiert agieren könnte, gar nicht mehr vorhanden ist, wie es einige Theorien der totalen und systemischen Korruption behaupten, das bezweifle ich.

Dass es eine Instanz geben muss, die für Gemeinwohl und Gerechtigkeit zuständig ist, gehört ebenso zur chinesischen wie zur europäischen Tradition des politischen Denkens. Und, das ist das bleibende Verdienst der kommunistischen Revolution von 1949: Die Herrschenden können sich dem Anspruch, dass letztlich alle ChinesInnen gleiche Lebenschancen haben sollen, nicht entziehen, auch wenn dem Deng'schen Heilsversprechen, dass, wenn »einige früher reich werden«, dies allen nütze, bislang noch ebenso grundlos geglaubt wird wie früher manchen Heilsversprechen Maos.

Insgesamt: Ich denke, dass sich in China nicht einfach eine Kopie des Weltkapitalismus oder gar des US-Modells, sondern ein spezifischer Sinokapitalismus entwickelt, bei dem staatliche Steuerung eine stärkere Rolle spielen wird als im Westen.

### ***III. Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konntest/musstest Du wahrnehmen?***

Es gibt Widersprüche, denen man ein Sprengpotential zutraut, vielleicht sogar die Chance der dialektischen Entwicklung zu höheren Stufen – und es gibt schwer durchschaubare, komplexe Gegensätzlichkeiten, Ungleichzeitigkeiten, Ambivalenzen, aus denen man lieber keine Erwartungen und Prognosen ableiten sollte, weil man sie (noch?) nicht richtig verstanden hat. Die meisten meiner Wahrnehmungen gehören zur zweiten Kategorie.

Aber eine Erwartung habe ich in China erst gewonnen, und ich bin mir ihrer ziemlich sicher: China ist kein unterentwickeltes Land mehr, auch auf dem Lande nicht. Und das heißt: Wir haben nicht nur die chinesische Großstadtbevölkerung, die mit 500 Millionen Menschen schon zahlreicher ist als die Einwohnerschaft der ganzen EU, sondern auch die 800 Millionen Landbewohner als Weltbürger ernst zu nehmen und zu akzeptieren, ja zu begrüßen.

Anders ausgedrückt: Die Herrschaft des weißen Mannes ist – selbst im Rahmen eines globalisierten Weltkapitalismus – zu Ende. Das westlich-kapitalistische Weltsystem wird, gerade weil sich China ihm angeschlossen hat, China wegen dessen schierer Größe und dessen politischer Potenz nicht mehr zur Peripherie degradieren und dort halten können, wie dies viele Jahrzehnte mit Lateinamerika gelang, und wie es der europäische Imperialismus seit den Opium-Kriegen und den »ungleichen Verträgen« eben auch mit China ein Jahrhundert lang praktiziert hat.

1300 Millionen ChinesInnen, das sind mehr als die Bevölkerung von Europa und Nordamerika, aber fast ebenso viele, wie noch einmal in Indien leben und ähnliches anstreben, haben sich aufgemacht, das materielle Lebensniveau der OECD-Bürger zu erreichen – mit Intelligenz, Anpassungsfähigkeit, Opferbereitschaft und (National-)Stolz. Die westlich-kolonialistische Erwartung, diese Menschen in Asien auf Dauer in einem Zustand bedürfnisarmer Abhängigkeit halten zu können, ist schon jetzt definitiv widerlegt.

Westliche Linke sollten sich über diesen Effekt der Globalisierung, über dieses tendenzielle Gleichziehen Chinas mit dem Westen eher freuen als erschrecken. Haben Linke nicht immer die Universalität der Menschenrechte gefordert, also gleiches Recht auf ein gutes Leben für alle Erdenbewohner? Nun gilt es mit diesem Prinzip ernst zu machen. Man stelle sich einen US-Präsidenten oder einen EU-Präsidenten vor, der in seiner ersten Regierungserklärung sagt:

»Das Ziel unseres Strebens nach Demokratisierung der ganzen Welt ist selbstverständlich die Gleichstellung aller Menschen auf dieser Welt, und deshalb richten wir uns darauf ein, dass in naher Zukunft in einer demokratischen Weltgemeinschaft bisher von uns wahrgenommene Führungsaufgaben auf Asien, insbesondere auf China und Indien, übergehen, weil dort mehr Menschen leben als bei uns und weil diese Menschen dieselben Menschenrechte haben wie wir. Wir werden alle Anstrengungen für einen friedlichen Übergang unternehmen und unsere Werte in eine demokratische Weltgemeinschaft, in der wir Anglo-Europäer eine Minderheit sind, einbringen.«

Undenkbar? – Aber erst wenn dies denkbar wird, nehmen wir die Menschenrechte als universale Rechte ernst. Demgegenüber sind die üblichen Menschenrechtsforderungen der Europäer gegenüber China, die sich meist auf ethnisch-religiöse Minderheiten (Tibeter, Uiguren) konzentrieren, nicht unberechtigt, aber niedrigrangig.

Das gilt allerdings nicht für die Forderung nach dem, was die Deutschen »Rechtsstaatlichkeit«, die Angelsachsen »rule of law« nennen. Hier geht es um ein System, ja um einen staatlichen Apparat, der überhaupt erst durchsetzt, dass das Recht gilt, dass Menschen zu ihrem Recht kommen. Dazu bedarf es unabhängiger Gerichte und Ermittlungsbehörden und der Geltung des Rechts gegenüber allen, auch gegenüber staatlichen Funktionären und gegenüber denen, die durch Reichtum mächtig sind.

Soweit wir etwas darüber erfahren konnten, existiert in China kein »rule of law«, und die Chancen dafür sind angesichts des Primats der Machtsicherung der KP auch nicht gut.

Richter sind nicht unabhängig, sondern Weisungen von Partei/Staat unterworfen. Außerdem sind sie schlecht bezahlt und deshalb korrumpierbar. Schließlich unterliegen 72 Millionen Parteimitglieder überhaupt nicht der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Sie können erst strafrechtlich verfolgt werden, wenn eine Ordnungskommission der Partei dies genehmigt. Da fast alle Inlandskapitalisten Mitglieder der KPCh sind, genießen sie diese zusätzliche Immunität gegen Strafverfolgung – auch bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht. So berichtete uns dies Jutta Lietsch, die deutsche Journalistin in Peking, an unserem letzten Aufenthaltstag. Dadurch verstand ich besser, wie es möglich ist, was uns permanent von allen Gesprächspartnern gesagt wurde: Unsere Gesetze sind hervorragend – aber leider stehen sie nur auf dem Papier und begründen keine durchsetzbaren Rechte der Individuen.

Ganz glauben wollte und will ich das nicht. Berechenbare Verhältnisse und Gesetze, die durchsetzbare subjektive Rechte schaffen, gehören überall auf der Welt zu den unverzichtbaren Rahmenbedingungen kapitalistischer Akkumulation. Das war auch im NS-Reich so: Kapitalist A konnte, wenn es um Eigentumsrechte und Zahlungsverpflichtungen ging, gegen Grundbesitzer B und Lieferanten C sowie Kreditgeber D vor Gericht klagen, und dabei ging es rechtsstaatlich-berechenbar zu. Diese rechtsstaatliche Berechenbarkeit galt aber nicht, wenn der politisch oder rassistisch Verfolgte gegen willkürliche Inhaftierung und Drangsalierung klagte. Es gab einen »Doppelstaat«, »Rechtsstaat« für das Kapital, Willkürstaat für die Bevölkerung, so hat der berühmte NS-Forscher und Politologe Ernst Fraenkel es für NS-Deutschland analysiert.

Ist das China von Deng, Jiang und Hu auch ein solcher Doppelstaat, der nur für Kapitalisten und Investoren, nicht aber für die Arbeiter, für die Normalbürger Rechtssicherheit garantiert? Man darf hoffen, dass es sich bei der gegenwärtigen Doppelstaatlichkeit um eine Übergangsphase zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit für alle handelt.

Warum?

Erstens weil die herrschende Ideologie in China, vor der die herrschende Parteiführung sich legitimieren muss, anders als im mörderisch-rassistischen deutschen Nationalsozialismus, eine Ideologie der Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen ist. Rechtssicherheit nur für die Reichen – das untergräbt die Legitimität, ohne die keine Parteiherrschaft Bestand haben kann.

Zweitens weil durch den wachsenden Wohlstand jedenfalls im oberen Drittel der Gesellschaft eine neue Mittelschicht mit rechtsstaatlich-demokratischem Anspruchsniveau entstanden ist. Dass man sich auf die Geltung und Durchsetzbarkeit von Gesetzen nicht verlassen kann, ruft übrigens mehr Empörung hervor, als die Tatsache, dass es an einer Parteienkonkurrenz bei Wahlen fehlt.

#### ***IV. Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen,***

a) in Bezug auf die Wanderarbeiter,

b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und

c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital? Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?

Die staatliche Gewerkschaft, die ACFTU, ist ein bemerkenswerter Papierdrache. Nein, kein Papiertiger im Mao'schen Sinne – das hieße ja einfach nur: Fiktion, Bluff. Nein, die ACFTU steht auf dem Papier als Gewerkschaft. Er ist aber leider kein Drache. Denn Drachen sind nach chinesischem Verständnis starke, in gutem Sinne wirkende Lebewesen. Aber was ist die ACFTU?

Die ACFTU will, wie jede gute Gewerkschaft, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten. Das war unter Mao – wie auch überall im staatskommunistischen Osteuropa seit Lenin – kein Problem: Da ja schon die kommunistische Staatspartei eine Arbeiterpartei war, brauchten sich die Gewerkschaften dieser Partei nur unterzuordnen – als ihre »Massenorganisation«. In den Betrieben gab es eine Leitungs-Troika aus Betriebsleiter, Gewerkschaftssekretär und KP-Sekretär. Unter Deng, also mit den seit Ende der 70er Jahre begonnenen »Reformen«, entstand ein Kapitalismus, den die KPCh bis heute sich selbst und der Bevölkerung als Marktwirtschaft ohne Klassengegensatz zu verkaufen versucht. Das ist offensichtlicher Unfug und widerspricht selbstverständlich allen Erkenntnissen von Karl Marx, auf den die KPCh sich ansonsten immer noch beruft.

Was machen aber nun staatspartei-gesteuerte Gewerkschaften in einem Kapitalismus ohne offiziell anerkannten Klassengegensatz, der von brutalster Ausbeutung lebt? Wo sie es können, also in Staatsbetrieben und in Joint Ventures mit hohem Staatsanteil, setzen sie einfach die Troika-Tradition fort. Das gibt es zum Teil als Personalunion: Derselbe Mann, manchmal auch dieselbe Frau, ist zugleich Personalchef, Parteisekretär und Gewerkschaftschef in einem Unternehmen. In Gesprächen mit GewerkschafterInnen in Kanton (die Stadt Kanton/Guangzhou hat so viele Einwohner wie das größte deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen) lernten wir aber auch interne Unzufriedenheit mit der Troika-Tradition kennen. Gewerkschaftsfunktionäre sagten uns etwa:

- Gewerkschaften sollten sich stärker auf die Seite der Arbeitenden stellen und nicht nur eine Vermittlerrolle in Arbeitskonflikten spielen.
- Wenn ArbeiterInnen streiken, dann sollten die Gewerkschaften deren Forderungen ernst nehmen und vertreten. Streiks sind zwar nicht ausdrücklich erlaubt, aber auch nicht ausdrücklich verboten. Manchmal können sie nützlich sein für die Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften.
- Mitglieder des Managements sollten keine führenden Positionen in den Gewerkschaften mehr bekleiden dürfen.
- Die Gewerkschaften müssen gleichermaßen die städtischen ArbeiterInnen und die WanderarbeiterInnen vertreten.

Solche Forderungen klingen für uns zunächst grotesk: Ist es nicht von vornherein Aufgabe der Gewerkschaften, auf der Seite der Arbeitenden zu stehen und Streikforderungen nicht nur aufzugreifen, sondern selber Streiks zu führen? Für eine parteigesteuerte Massenorganisation allerdings sind solche Perspektiven fast schon revolutionär. Im Übrigen sollten sich deutsche GewerkschafterInnen nicht aufs hohe Ross setzen. Manche der Kantoner Forderungen wären auch für deutsche Betriebsratsfürsten, die ihre Rolle als Sozialpartner und Co-Manager verinnerlicht haben, ein harter Brocken.

Andererseits wurden wir in Peking davor gewarnt, die gegenwärtigen Gewerkschaften als wirkliche Interessenvertretung, oder auch als auf dem Wege dazu befindlich, anzusehen – und zwar von renommierten WissenschaftlerInnen, die über industrial relations in China forschen und publizieren. Einer brachte es im small talk auf den Punkt: »Our unions are a fake!« – ACFTU als Mogelpackung also. Dafür spricht, dass uns Juristen der ACFTU in Peking auf

die Frage, ob die Gewerkschaften nicht auch in China ein Streikrecht benötigten, zur Antwort gaben, man habe hier ja eine herrschende Partei, die letztlich alle Konflikte zum Besten der Gesellschaft entscheide und löse, so dass Streiks nicht erforderlich seien.

Ich finde es richtig, dass der Weltgewerkschaftsbund die ACFTU, solange dessen Führung von der Partei gesteuert wird und kein Streikrecht haben will, nicht als Mitglied aufnimmt. Andererseits sollten Reformansätze in Richtung auf echte Gewerkschaften von den europäischen Gewerkschaften differenziert unterstützt werden. Denn auch wenn es in der Volksrepublik China noch keine organisierte Arbeiterbewegung gibt – die ArbeiterInnen lassen sich längst nicht mehr alles gefallen: Sie bewegen sich.

Kann diese Bewegung zu mehr internationaler Solidarität führen? – Sie könnte und sollte, aber der Weg dorthin ist steinig und weit. Denn anzuerkennen ist, dass die niedrigeren Löhne für die chinesischen KollegInnen ein komparativer Wettbewerbsvorteil sind, der ihnen nicht genommen werden darf. Das Gefälle kann nicht eingeebnet werden, und es ist mit weiteren Verlagerungen arbeitsintensiver Produktion nach China zu rechnen. Andererseits artikulieren ChinesInnen selber zunehmend Ansprüche nach besserem Leben für alle, nach gerechterer internationaler Verteilung der Profite und binnennationaler Verteilung der Wachstumserlöse. Das heißt: Eine Verminderung des Gefälles und eine Durchsetzung internationaler Kernarbeitsnormen liegt auch in ihrem Interesse.

Eine Schlüsselszene unserer dreiwöchigen Erkundungen in China war für mich das Treffen mit VertreterInnen der mittleren ACFTU-Ebene (LeiterInnen von Branchen- und Betriebsgewerkschaften) in Kanton. Gegen Ende des Erfahrungsaustauschs fragten wir nach dem möglichen Verhalten von Gewerkschaftern bei Produktionsverlagerungen aus Deutschland nach China: Sollten sich in solchen Fällen die chinesischen und deutschen GewerkschafterInnen, vielleicht im Rahmen eines Weltbetriebsrats, zusammensetzen, gegenseitig informieren, gemeinsame Lösungen suchen? Eine chinesische Kollegin sagte, da ja klar sei, dass die ChinesInnen dabei die Gewinner, die Deutschen die Verlierer seien, habe es keinen Sinn, mit den Verlierern zu reden. Daraufhin riskierte einer von uns eine Provokation an der Grenze der Gasthöflichkeit: Was würden die chinesischen GewerkschafterInnen sagen, wenn die deutschen Gewerkschaften in einer solchen Situation zu einem Boykott chinesischer Waren aufriefen? Nach einigem Nachdenken gab es zwei Reaktionen:

1. Die Leiterin der internationalen Abteilung der Gewerkschaft bekannte sich zur internationalen Solidarität und schlug vor, dass in solch einem Falle für die Deutschen eben andere, höherwertige Arbeitsplätze, samt entsprechender Umschulung, geschaffen werden müssten.
2. Ein deutscher Teilnehmer sagte: Das Problem sei schwierig, weil es die Frage gerechter Verteilung betreffe. Er habe gehört, dass die nordamerikanischen Automobilarbeitergewerkschaften sich auf das Prinzip verständigt hätten, dass die Investitionssummen zwischen USA und Kanada entsprechend den Bevölkerungszahlen zu verteilen seien. Dasselbe Prinzip könnte doch auch für Europa und China gelten.

Beide Antworten scheinen mir vernünftig. In beiden Antworten steckt die Hoffnung auf eine Instanz, die die Ökonomie im Sinne vernünftiger Gemeinwohlziele zu steuern vermag – also das Gegenteil der herrschenden neoliberalen Marktreligion. Die zweite Antwort, die auch bei den ChinesInnen Erstaunen auslöste, aber nimmt unsere bewussten oder unbewussten kolonialistischen Denkprämissen aufs Korn. Gleichverteilung von Investitionen nach

Bevölkerungszahl – das ist die ökonomische Operationalisierung eines Ziels, zu dem wir uns bekennen, ohne es bisher vollständig durchdacht zu haben: Universalismus der Menschenrechte, insbesondere der sozialen Menschenrechte.

***V. Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?***

Dazu sind andere kompetenter.

***VI. Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?***

Die Geschlechterfrage war in unserem Programm nicht ein eigenes Thema, sondern sollte eine Querschnittsfrage sein, was hieß, dass sie oft auch unterging. Dazu zwei widersprüchliche Impressionen: 1) Dass es bei der besonderen Ausbeutung der WanderarbeiterInnen noch spezifische Formen der Frauenunterdrückung gibt, wird jedenfalls von den NGOs der labour activists im Perlfussdelta seit einiger Zeit anerkannt: Es wurden besondere Abteilungen für die Beratung und das empowerment von Wanderarbeiterinnen eingerichtet. 2) Die Stadt-Land-Spaltung führt, verbunden mit dem Fehlen sozialer Sicherungssysteme, auch gesetzlich zu einer Diskriminierung von Frauen. Landbewohnern ist es, als Ausnahme von der Ein-Kind-Politik, erlaubt, ein weiteres Kind zu haben, wenn das Erstgeborene ein Mädchen ist. Der Grund: Mädchen sind, wie seit je in der chinesischen Tradition, für die Alterssicherung wertlos, weil sie nach der Heirat der Familie des Ehemannes zugehören. Nur Söhne sichern, mangels gesetzlicher Altersrente, ein Überleben im Alter.

***VII. Welche Auswirkungen werden deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-) Entwicklung des Kapitalismus haben?***

Die Frage ist zu groß und kommt mir zu früh. Der chinesische Kapitalismus ist krisenhaft wie jeder Kapitalismus. Trotz zu erwartender Rückschläge, Abstürze und Konflikte erwarte ich keinen Trend zurück in Unterentwicklung und Bescheidenheit. China wird eine führende weltkapitalistische Macht sein, über deren nationale Steuerungsfähigkeit wir noch zu wenig wissen. Wie überall im globalen Kapitalismus verschärft sich auch in China die Spaltung in Arm und Reich, die Spaltung auch nach dem Besitz von Produktionsmitteln, also nach Klassen. Viel wird davon abhängen, ob die chinesische Arbeiterklasse ihre internen Abschottungen: Staatsbeschäftigte vs. Privatbeschäftigte, Stadtrésidenten vs. Wanderarbeiter, zu überwinden in der Lage ist. Bisher gibt es dafür nur schwache Ansätze. Noch schwächer sind die Ansätze zu globaler Solidarität der vom globalen Kapitalismus zueinander in Konkurrenz Gesetzten. Gleichwohl: Hier liegt die einzig humane und vernünftige Perspektive.

\* Bodo Zeuner lebt in Berlin und ist Prof. a.D. für Politikwissenschaft

*Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 12/07*

# Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus

Irmtraud Schlosser\* zur Situation von Wanderarbeitern in China

Es wird weiter gebaut auf der »Baustelle China«. Mit dem folgenden Beitrag setzen wir unsere Reihe von Berichten über eine Studienreise, die Peter Franke vom Asienhaus Essen und Wolfgang Schaumberg, ehemaliger Betriebsrat bei Opel Bochum und Mitglied der GoG (Gruppe oppositioneller Gewerkschafter) im September 2007 organisiert hatten, fort. Auch Irmtraud Schlosser hatten wir unseren kleinen Fragebogen zu ihren Reiseeindrücken vorgelegt.

## ***1. Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?***

Über China als Billiglohnland sehe und höre ich jeden Tag Neues in Zeitung und TV und zuweilen auch, unter welchen Arbeitsbedingungen die preiswerten Schuhe, T-Shirts und Spielzeuge hergestellt werden. Die Berichte über die Recht- und Wehrlosigkeit junger chinesischer Arbeiterinnen und Arbeiter, die, wenn sie krank oder verletzt ganz auf sich selbst gestellt sind, machten mich nachdenklich. Ich wollte mehr über die Arbeitsbedingungen in China erfahren. Insbesondere wollte ich wissen, wie Wanderarbeiter in den städtischen Produktionszonen leben und wie es in den Dörfern aussieht, aus denen sie kommen.

Den medial aufgebauschten Konkurrenzängsten wollte ich meine eigene Anschauung entgegensetzen. Was hat es also mit der »gelben Gefahr« auf sich, chinesische Lohnarbeit könne mittelfristig als Maßstab für europäische Lohnarbeit gelten? Bedingungslose Konkurrenz weltweit?

## ***2. Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?***

China beeindruckt nicht nur durch seine modernen Großstädte, deren Hochhäuser mit unzähligen, wie Waben angeordneten Fenstern und Balkonen einen Eindruck des Lebens in hochverdichteten Megastädten vermitteln. Dass der Zuzug von so vielen jungen Menschen in die Städte, meist zwischen 17 und 20, selten über 30 Jahre alt, noch nicht zum Ende gekommen ist, ahne ich, als ich in Shenzhen und Guangzhou die vielen Baukräne sehe: noch mehr Hochhäuser, noch mehr Geschäftszentren in Granit, Marmor und Glas. Dazwischen immer wieder die älteren Fabriken, die zu Beginn der damaligen Sonderproduktionszone in den 80er Jahren entstanden. Schon lange reicht hier der Platz nicht mehr, neuere Produktionsstätten sind außerhalb der Stadt angesiedelt, die Werk- und Wohnbereiche dehnen sich mittlerweile 50 – 80 km weit in das Land aus. Der Boom scheint kein Ende zu nehmen.

Die Menschen in den Straßen der Stadt wirken sehr geschäftig. Angespannt warten sie auf die wenigen öffentlichen Busse, die, wenn sie kommen, total überfüllt sind. Die Menschen sind müde von der Arbeit und schlafen, wenn's sein muss, auch im Stehen. Autos bewegen sich üblicherweise im Schrittempo, denn es sind überall zu viele, die sich zugleich fortbewegen wollen.

Mich hat vor allem die große Zahl der Wanderarbeiter, ca. 200 Millionen, beeindruckt. Als »Wanderarbeiter« gelten in China Binnenmigranten vom Lande, die in den Metropolen nach günstigen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten suchen. Viele von ihnen leben in Unterkünften direkt auf dem abgezäunten Werksgelände. Andere wohnen in Hochhäusern in

den Außenbezirken in der Nähe der Fabriken, wo sie sich zu mehreren eine Wohnung teilen, denn Mieten sind teuer. Wieder andere, vermutlich solche, die erst vor kurzem in die Stadt gekommen sind und noch keinen Anschluss an andere Wanderarbeiter gefunden haben, leben auf der Straße, sie tun sich zu kleinen Gruppen zusammen und übernachten vor den Eingängen größerer Geschäftshäuser oder in Parks. So haben wir es in Guangzhou und Shenzhen gesehen.

Wanderarbeiter, auch wenn sie im Besitz einer offiziellen Arbeitserlaubnis durch die Arbeitsbehörde sind, haben weniger Rechte als lokal ansässige Arbeiter und haben auch die schlechteren und gesundheitsgefährdenden Jobs. Ihre soziale Sicherung ist unvollständig, da sie keine Arbeitslosen- und Rentenversicherung abschließen können. Zwar ist es seit 2006 möglich, sich gegen Krankheit und Unfälle zu versichern, und Frauen erhalten auch Mutterschutz. Aber nur die wenigsten nehmen diese Rechte wahr, weil sie Lohnabzüge vermeiden wollen. Die Anwartschaft auf Versicherung, die früher an den Betrieb bzw. an die Provinz gebunden war, kann jetzt, jedenfalls in einigen Provinzen, auf nachfolgende Beschäftigungsverhältnisse übertragen werden.

Wanderarbeiter sind also in vieler Hinsicht Arbeitskräfte zweiter Klasse. Sie arbeiten teilweise ohne Arbeitsvertrag und haben dann keine Handhabe, ihren Lohn einzufordern, wenn der Arbeitgeber ihn nicht oder zu spät auszahlt, wie uns mehrfach berichtet wurde. Immer wieder kommt es zu Streiks, weil Wanderarbeiter nur so Druck entfalten können, um ihre nicht oder nicht vollständig ausgezahlten Löhne einzufordern. In den staatlichen Produktionsbetrieben werden Wanderarbeiter vom ACFTU, der staatlichen Gewerkschaftsorganisation betreut. In den Staatsbetrieben arbeiten jedoch nur wenige Wanderarbeiter. Die große Zahl ist in Privatbetrieben tätig, fast ausschließlich ohne eigene Interessenvertretung, denn sie scheitert üblicherweise am Widerstand der Firmenleitung. Ordnungspolitisch zuständig für Wanderarbeiter sind die örtlichen Arbeitsbehörden, deren Personalausstattung eine funktionierende Kontrolle der Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben von vornherein ausschließt. Beschwerden über unzulässige Arbeitsbedingungen können Wanderarbeiter an die zuständige Behörde richten, aber nur in den wenigsten Fällen sind sie erfolgreich. Die Arbeitsbehörden haben üblicherweise wenig Interesse, Konflikte mit privaten Firmeneigentümern einzugehen.

Im Perlflossdelta haben wir mehrere NGO's kennen gelernt, die Wanderarbeiter in Rechts- und Gesundheitsfragen beraten. Die Mitglieder der NGO's, oft selbst ehemalige Wanderarbeiter, müssen ständig mit Repressalien rechnen, wie jüngst in der Stadt Longgang (unweit Shenzhen), wo das Beratungsbüro einer NGO durch unbekannte Schläger im November 2007 nicht nur verwüstet, sondern der Berater Huang Qingnan auch lebensgefährlich verletzt wurde. (Vgl. Bericht in express Nr. 12/2007)

Nach wie vor haben Wanderarbeiter kein Aufenthaltsrecht als Bürger der Stadt, sie werden als Arbeitskräfte kaum mehr als geduldet, und ihre Aufenthaltserlaubnis ist an die Beschäftigung im Betrieb gebunden. Ist diese abgelaufen, sind sie »sans papiers«. Als Bürger der Stadt gelten lediglich registrierte Einwohner mit dauerndem Aufenthalts- und Wohnrecht sowie dem Recht auf soziale (Alters- und Arbeitslosenver-)Sicherheit.

Nur die Kinder der Registrierten haben das Anrecht auf einen Platz in der Schule.

Die unzureichenden Rechte der Wanderarbeiter als Bürger und als Arbeitskräfte sind politisch gewollt. Der Hongkonger Publizist Au Loong Yu nennt die auf sozialer Unsicherheit beruhende gesellschaftliche Ungleichheit ein System der »Apartheid«, eine scharfe Trennung

zwischen den als Bürgern registrierten Bewohnern und den nicht registrierten (legal und nicht legal arbeitenden) Wanderarbeitern. Dabei geht es nur vordergründig um die Furcht vor massiver Landflucht. Die findet ohnehin statt. Als Global Player hat China ein Interesse, das Lohnniveau im internationalen Konkurrenzkampf niedrig zu halten und soziale Unsicherheit in ihrer disziplinierenden Wirkung beizubehalten. Chinesische Wanderarbeiter und ihre rechtliche Diskriminierung sind also vorteilhaft für dauerhaft hohe Profite des in- und ausländischen Kapitals.

Die politisch verordnete Trennung der Städte und Dörfer spaltet die Bewohner in sozial, kulturell und ökonomisch getrennte Lebenswelten. Ist in den modernen Städten die Dynamik der Markt- und Konkurrenzbeziehungen bestimmend, fehlt diese auf dem Land fast gänzlich. Die Bauern können ihre Produkte selten selber auf dem Markt anbieten, wie wir beim Besuch von mehreren Dörfern im Kreis Zonqing, ca. 500 km südwestlich von Peking, erfahren konnten. Soweit wir gesehen haben, ist die Infrastruktur unzureichend, zuweilen fehlte der direkte Zugang zu Wasser und Verkehrsanbindungen (unterentwickelter öffentlicher Nahverkehr, viele Straßen werden z.Z. erst gebaut). Auf kleinen, von der Gemeinde zugeteilten Ackerflächen bauen die Bewohner der Dörfer überwiegend in Handarbeit Getreide und Gemüse an. Ein großer Teil der Ernte wurde bis vor wenigen Jahren zu staatlichen Festpreisen von den Behörden aufgekauft. Der Aufkauf entfällt heutzutage, jedoch werden Bauern durch ein umfangreiches Steuer- und Abgabensystem belastet, die Hauptursache für steigende Armut und Existenznot. (Vgl. dazu auch: Chen Guidi/Wu Chuntao: »Zur Lage der chinesischen Bauern«, Frankfurt a.M. 2006).

Wir hatten den Eindruck, dass auf dem Land die Ein-Kind-Politik sehr freizügig gehandhabt wird. In den meisten Familien wächst nicht nur ein Kind auf, sondern zwei, drei oder mehr Kinder. Kinder sind hier immer noch die einzige Altersversicherung. Formell ist die Alterssicherung mit dem zugeteilten Stück Land abgegolten. Die Bewohnerschaft der Dörfer nimmt weiterhin zu, die Ackerfläche aber bleibt gleich. Die junge Generation ist deshalb zur Migration in die Städte gezwungen.

Wanderarbeiter sind das zentrale Bindeglied zwischen Stadt und Land, sie sind es, die Erspartes in die Dörfer zurückbringen, um die Lebenssituation dort erträglicher zu machen. Dennoch zwingen die Lebensverhältnisse auf dem Land sie dazu, in den Städten auf Dauer Fuß zu fassen.

Es gibt Hinweise auf einen Wandel in der Landwirtschaft.

1. Im Sinne einer endogenen ländlichen Entwicklung versteht sich ein Förderprogramm im Kreis Zonqing. Uns wurde über die großflächige Anpflanzung von Walnussbäumen berichtet, verbunden mit der Option, die Früchte auf dem Markt verkaufen zu können. Ihre Einkommenssituation, so hoffen die Bauern, verbessere sich, wenn sie über den Erlös der Nüsse auch selbst verfügen könnten. Bisher fehlen allerdings eigene Transportmittel, die Bauern haben keine Traktoren oder Autos, um selbst als Marktanbieter aufzutreten. Sie sind deshalb auf Aufkäufer angewiesen. Genossenschaftliche Vertriebssysteme für landwirtschaftliche Produkte müssten erst aufgebaut werden, betont auch Prof. Wen Tiejun, den wir in Peking zu Perspektiven der ländlichen Entwicklung befragten.
2. Die industrialisierte Agrarproduktion auf großen Flächen nimmt zu. Im Deal mit (korrupten) Dorfkadern pachten »Investoren« die parzellierten Flächen der Bauern. Die Intensivierung und Mechanisierung der modernen Flächenbearbeitung raubt den Bauern ihre spärliche Existenz und erzeugt ein weiteres Potential an Wanderarbeitern.

### ***3. Welche Fragen hast Du wieder mitgenommen, welche sind neu dazugekommen, welche Widersprüche hast Du festgestellt?***

Vor allem aus den Begegnungen auf dem Land habe ich erfahren, dass die chinesische Politik offenbar keine politische Lösung anstrebt, die Situation der Wanderarbeiter zu verbessern. Die gesellschaftliche Entwicklung Chinas bleibt offensichtlich zweigeteilt

- in eine Zone der prosperierenden Industrie in den Städten (hier leben ca. 30 Prozent der Bevölkerung), wo sich ein neuer Mittelstand herausbildet und
- in die Zone der ländlich-traditionellen Produktionsweise (hier leben ca. 70 Prozent der Bevölkerung), wo technischer Fortschritt und Wohlstand an der großen Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung vorbeigehen, die sozialen Auswirkungen der Globalisierung jedoch in vollem Umfang spürbar sind.

Die ländliche Entwicklung ist überwiegend auf Entfaltung endogener Kräfte angewiesen. Wie kann das gelingen, wenn zugleich der Großteil der jungen Generation abwandert?

Wie entwickelt sich die Situation der Wanderarbeiter weiter? Im Besuchszeitraum Herbst 2007 war die Nachfrage nach Arbeitskräften größer als das Angebot. Diese günstige Situation versuchen Wanderarbeiter für sich zu nutzen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Jedoch sind sie nicht nur Repressalien der privaten Sicherheitskräfte der Unternehmen, sondern auch der Nötigkeit staatlicher Ordnungsbehörden ausgesetzt. Unterstützung von außen erfahren Wanderarbeiter deshalb bisher fast ausschließlich durch NGO's, die ihrerseits auf Solidarität und finanzielle Unterstützung von Menschen in der EU und/oder in den USA angewiesen sind.

Abzuwarten bleibt, ob das seit dem 1. Januar 2008 in Kraft getretene Arbeitsvertragsgesetz, in dem erstmals verbindliche Regelungen der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten formuliert werden, den Wanderarbeitern mehr Rechte und größere Sicherheit bringt. Entscheidend wird sein, wie viel politische Durchsetzungskraft die Wanderarbeiter durch kollektive Selbstorganisation entwickeln.

### ***4. Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?***

### ***5. Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?***

Zur Situation der chinesischen Gewerkschaften ist schon Wesentliches geschrieben worden (vgl. die Berichte von Eva Bruchhaus, Thomas Sablowski und Bodo Zeuner in den vorangegangenen Ausgaben des express). Eine förmliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Gewerkschaften wird aus deutscher Sicht abgelehnt, da »Staatsgewerkschaften«, die nicht einmal ein Streikrecht wollen, keine richtigen Gewerkschaften seien. Aber auch aus chinesischer Sicht wird unsere Frage nach einem regelmäßigen Austausch eher mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Dass die weltweite Konkurrenz um Arbeitsplätze zunimmt, sehen chinesische Gewerkschaften mit Gelassenheit. Bei einem Treffen mit GewerkschafterInnen des städtischen ACFTU in Guangzhou hielten es unsere Gesprächspartner für eine Frage der Zeit, wann die chinesische Wirtschaftskraft die deutsche dominieren wird.

Gewerkschaften verstehen sich nicht als Vertreter der lohnabhängig Beschäftigten. Ihre Aufgabe liegt eher in der Stärkung der gesellschaftlichen »Harmonie«, wie uns in persönlichen und offiziellen Gesprächen mehrfach versichert wurde. Harmonie, so habe ich verstanden, bedeutet das Streben nach Frieden und Vermeidung von Konflikten in den sozialen und politischen Beziehungen. Und was Harmonie konkret bedeutet, bestimmt die Partei. So verwundert es nicht, dass einige unserer Gesprächspartner zugleich Betriebsvorsitzende der Gewerkschaft, Parteisekretär und Personalchef waren. Die Vorstellung, Solidarität von Menschen als Lohnabhängige zu organisieren und sie kollektiv durchsetzungsfähig zu machen, ist den chinesischen Gewerkschaften noch fremd.

Ein individuelles Rechtsverständnis, wie wir es in Europa kennen, haben wir in China nicht finden können. Dieser Mangel schließt daher auch die Möglichkeit einer auf individuellen Rechten beruhenden kollektiven Interessenvertretung aus.

***7. Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?***

Mir sind einige sehr eindrucksvolle Frauen in Erinnerung, selbstbewusste Frauen in verantwortungsvollen Tätigkeiten: als NGO-Aktivistin für Beratung und Unterstützung von Wanderarbeitern, als resolute Gewerkschaftssekretärin für internationale Beziehungen, als Fremdenführerin in Städten und kulturellen Einrichtungen. Aber mir sind zugleich unzählige Frauen begegnet, die nur dazu da zu sein schienen, mir die Tür aufzuhalten, meine Ankunft im Hotel angenehm zu gestalten, beim Essen mein Trinkgefäß ständig aufzufüllen, den hingeworfenen Dreck anderer, wie achtlos weggeworfene Zigarettenkippen, zu entsorgen. Diese immer freundlichen, dienstfertigen Frauen prägten das Bild der Frauen mehr als das der 23-jährigen Managerin in Leitungsfunktion im Honda-Werk von Guangzhou.

Die Regierungszeit von Mao hat den Frauen mit Sicherheit große Fortschritte gebracht und sie aus ihrer traditionell unterwürfigen und unwürdigen gesellschaftlichen Stellung befreit. Jedoch haben die Beobachtungen auf der Reise auch gezeigt, dass die Mehrheit der Frauen in China auch heute noch (?) oder wieder (?) in dienenden und unterwürfigen Tätigkeiten zu finden ist, die ihnen keine eigene materielle Existenzsicherung ermöglicht.

Wir haben beobachten können, dass es für Wanderarbeiterinnen keine Unterbringung für ihre (Klein-)Kinder gibt. Da sie durch extensive Arbeitszeiten hoch belastet sind, müssen sie ihren Arbeitsplatz aufgeben, ihre Kinder im Dorf der Eltern lassen oder selbst ins Dorf zurückkehren.

Ich habe keine Gelegenheit gehabt, mit Frauen über diese Beobachtungen und allgemein über Geschlechterfragen zu diskutieren. Dazu fehlte nicht nur das Arrangement einer Begegnung durch die (männliche) Reiseleitung (die insgesamt ein hervorragendes Programm zusammengestellt hat). Es fehlte vor allem ein vertrauensvoller Rahmen für einen Austausch, der sich in dem kurzen Besuchszeitraum nicht ohne Weiteres herstellen ließ. Nach allem, was ich gesehen habe, vermute ich, dass bei Wanderarbeiterinnen die Widersprüche und Konflikte der kapitalistischen Ökonomie am härtesten zutage treten und selbstverantwortlich ausgetragen werden müssen.

**8. Welche Auswirkungen werden deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-)Entwicklung des Kapitalismus haben?**

»Wir werden Euch wirtschaftlich bald überholen«, sagte unser chinesischer Übersetzer einmal im Gespräch. Recht hat er. Nur wünschen wir uns, dass auch in China ein Interesse an der Regulierung der Arbeitsbeziehungen wächst. In letzter Zeit entladen sich unwürdige Arbeitsbedingungen und soziale Unsicherheit in spontanen Streiks, vor allem in den südlichen ehemaligen Produktionszonen. Eine Verstetigung des Austauschs zwischen Chinesen und Deutschen kann dazu beitragen, die Diskussion über internationale Arbeitsstandards und Menschenrechte voranzubringen.

\* Irmtraud Schlosser ist Sozialwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Arbeitssoziologie, solidarische Ökonomie und Kooperation Wissenschaft-Gewerkschaften am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.

*Erschienen im express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 1/08*